

Migration
Justiz und Verbraucherschutz

BSBD LV Thüringen e. V.
Herrn Jörg Bursian
Dr. Albert-Krebs-Straße 1
99310 Arnstadt

0361 3772-228 Telefon
0361 3772-520 Telefax
scherer@cdu-landtag.de E-Mail

Hausanschrift
Jürgen-Fuchs-Str.
99096 Erfurt

Erfurt, 19. April 2016

Postanschrift
Postfach 10 19 51
99019 Erfurt

**Einladung zum Arbeitskreis Migration, Justiz und Verbraucherschutz der CDU-Fraktion
am 13. Mai 2016, 9.00 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren
sehr geehrter Herr Bursian,

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 05. Februar 2016 und darf mich zunächst im Namen des Arbeitskreises Migration, Justiz und Verbraucherschutz der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag für die Einladung zum Landesvertretertag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Thüringen am 21. April 2016 ganz herzlich bedanken. Bedauerlicherweise wird kein Mitglied unseres Arbeitskreises teilnehmen können, da zeitlich die 47. Plenarsitzung des Thüringer Landtages stattfindet.

Ungeachtet der Terminüberschneidung würde der Arbeitskreis gern mit Ihnen ins Gespräch kommen und insbesondere die Personalsituation in den Thüringer Justizvollzugsanstalten besprechen. Ich lade Sie daher recht herzlich zur Sitzung des Arbeitskreises am

13. Mai 2016 um 9.00 Uhr
Raum A 285
im Thüringer Landtag

ein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Scherer'.

Manfred Scherer, MdL

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

anlässlich des Landesvertretertages des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Thüringen darf ich Ihnen im Namen der CDU-Landtagsfraktion ganz herzlich für Ihre Einladung danken. Bedauerlicherweise ist keinem Mitglied unserer Fraktion die Teilnahme möglich, da heute zeitgleich der Thüringer Landtag tagt. Daher muss ich mich auf dieses schriftliche Grußwort beschränken.

Mit Sorge verfolgen wir die Diskussion um die Personalausstattung der Thüringer Justizvollzugsanstalten. Die Landesregierung vertritt die Ansicht, die Personalausstattung der Thüringer Justizvollzugsanstalten sei auskömmlich, die Kritik des BSBD an einer mangelhaften Personalausstattung könne nicht nachvollzogen werden, da der Betreuungsschlüssel bei einer durchschnittlichen Auslastung der Thüringer Justizvollzugsanstalten 59,8 zu 100 über dem Bundesdurchschnitt von 46 zu 100 Gefangenen liege und es in den Sozialen und Psychologischen Fachdiensten einen erkennbaren Personalzuwachs gegeben habe.

Unserer Auffassung nach greift diese Argumentation zu kurz, da insbesondere die gesetzlichen Aufgaben nicht bundesweit vergleichbar sind. So weist das Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch von 2014 den Bediensteten zusätzlich zeitintensive Aufgaben zu, die in der damals geltenden Personalbedarfsplanung nicht berücksichtigt waren. Im Zuge der Beratungen des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches wurde von unserer Fraktion immer wieder auf den erheblich steigenden Personalbedarf hingewiesen. Gleichwohl wurde trotz Novellierung und stetigen ernsthaften Hinweisen von Ihrer Seite die Aktualisierung der Personalbedarfsplanung nicht abgeschlossen.

Auf unsere Nachfrage hin begründete die Landesregierung dies mit organisatorischen Problemen, namentlich nicht abgeschlossener Zuständigkeitsbestimmung.

Wir halten diesen Zustand- zumal 1 ½ Jahre nach der Regierungsbildung- für unerträglich und werden uns weiter im Rahmen unserer Möglichkeiten für eine auskömmliche und verträgliche Personalausstattung der Thüringer Justizvollzugsanstalten, der zwingend und zeitnah eine vernünftige Personalbedarfsplanung voranzugehen hat, einsetzen.

Eine angemessene und gerechte Vergütung der Thüringer Bediensteten muss selbstverständlich sein, zumal die Anforderungen und Aufgaben immer anspruchsvoller werden. Mit Einführung des Thüringer Strafvollzugsgesetzbuches setzte sich diese Entwicklung fort, ohne aber dass Personalbestand oder Einstufungsprofile überprüft wurden. Auch wenn die Einführung einer Sonderzulage für bei Landeserstaufnahmeeinrichtungen eingesetzte Beamte mit dem Besoldungsanpassungsgesetz 2015/2016 nachvollziehbar war, ist für die CDU-Fraktion

eine Schlechterstellung der Beamten bei Justizvollzugseinrichtungen, psychiatrischen Krankenanstalten oder Abschiebeeinrichtungen nicht einzusehen. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag wird sich für eine Anpassung der Zulageregelungen mit dem Ziel einer gerechten und vergleichbaren Vergütung einsetzen.

Zur konstruktiven Diskussion der aufgeworfenen Fragen ist der Vorstand des Landesverbandes am 13. Mai 2016 sehr herzlich zur Sitzung des Arbeitskreises Migration, Justiz und Verbraucherschutz eingeladen. Bis dahin darf ich Ihnen einen erfolgreichen Landesvertretertag wünschen und freue mich auf einen ausführlichen Bericht.

Mit besten Grüßen

Manfred Scherer

Justizpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag